

# Bestandsaufnahme der extremen Rechten in Norddeutschland

Es ist kaum vier Jahre her, dass Bundeskanzler Schröder zum „Aufstand der Anständigen“ gegen „rechte Gewalt“ aufgerufen hat. Seitdem hat sich viel verändert – wenig davon in Richtung einer antifaschistischen Politik. Im Gegenteil haben viele aktive AntifaschistInnen erleben müssen, dass ihr Kampf gegen Neonazis, Rassismus und Antisemitismus unter der rot-grünen Regierung noch schwerer ist als unter ihrer Vorgängerin. Während diese die deutsche Vergangenheit offiziell für aufgearbeitet erklärt hatte, nehmen auf der anderen Seite faschistische Aufmärsche und Propaganda immer weiter zu; während sie selbst – ausgerechnet mit der Begründung „Nie wieder Auschwitz“ – einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien führte und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und der deutschen Gesellschaft mit großen Schritten vorantreibt, gewinnt ein Opferdiskurs zunehmend an Bedeutung; während unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Terrorismus“ weltweit für Menschenrechte und die „westliche Wertegemeinschaft“ hoch gehalten werden, bestimmen der Abbau von sozialen und demokratischen

Grundrechten und eine rassistische Sondergesetzgebung die Innenpolitik; nicht zuletzt haben antisemitische Einstellungen zugenommen und sind weit in die Mitte der Gesellschaft eingedrungen. Nachdem wir bereits Anfang der 90er in Kooperation mit dem *Gegenwind* die Broschüre *Neofaschismus in Schleswig-Holstein* veröffentlicht haben, nehmen wir diese Entwicklungen zum Anlass, erneut eine Bestandsaufnahme der extremen Rechten in Norddeutschland vorzunehmen. In einer losen Artikelfolge wollen wir verschiedene Aspekte ausleuchten: Strukturen, aktuelle Diskussionen und Strategien, Propagandaformen, die Funktion der extremen Rechten. Dabei wollen wir uns nicht auf „die Skinheads“ oder den offen neonazistischen Flügel der extremen Rechten beschränken, sondern auch die Schnittstellen ins rechtskonservative Lager, die sog. „Braunzone“, aufzeigen. Nicht zuletzt wollen wir natürlich zu einer verbesserten Perspektive der antifaschistischen Bewegung beitragen. Aus aktuellem Anlass haben wir in diesem Heft den diesjährigen Gedenkmarsch anlässlich des Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im fränkischen Wunsiedel, an dem sich wahrscheinlich wieder mehrere tausend Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet (und dem benachbarten Ausland) beteiligen werden, in den Mittelpunkt gestellt.

Avanti – Projekt undogmatische Linke



# Aura der Gewalt

Lübeck und Elmshorn, Neumünster, Kiel und Flensburg sowie etliche andere Orte in Schleswig-Holstein sind in den vergangenen Jahren – zum Teil wiederholt – zum Schauplatz von Neonazi-Aufmärschen geworden. Gelegentlich gab es den Versuch der zuständigen Behörden, diese zu verbieten, oft zeigten Kommunal- und LandespolitikerInnen aber kein oder wenig Interesse an Gegenmaßnahmen. Vielmehr war die rot-grüne Landesregierung bundesweit führend darin, Neonazi-Aufmärsche mit erheblichen finanziellen und personellen Mitteln und gegen zum Teil starken Widerstand vor Ort durchzusetzen.

So wurden bereits im März 1998 über 450 TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Bündnisdemonstration gegen einen Aufmarsch des „Lübecker Bündnis Rechts“ in Gewahrsam genommen. Mittlerweile gehören ein massives Polizeiaufgebot, das wie z.B. bei den beiden Aufmärschen gegen die sog. Wehrmachtausstellung in Hamburg Anfang dieses Jahres auch mehrere tausend Beamte und Beamtinnen umfassen kann, zu einem Neonazi-Aufmarsch dazu – bei Bedarf werden ganze Stadtviertel abgesperrt, der öffentliche Nahverkehr eingestellt bzw. den Neonazis zur Anreise kostenlos öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt. Behörden und PolitikerInnen verweisen dabei stets darauf, dass sie natürlich auch gegen Neonazis seien, sie aber keine andere Möglichkeit hätten, da die Aufmärsche gerichtlich erlaubt seien, oft ergänzt um den Hinweis, dass eine Einschränkung des Demonstrationsrechts hier Abhilfe schaffen könne.

Trotz der schlechten politischen Rahmenbedingungen gab es vor Ort meist antifaschistische Ge-



SCHLESWIG-HOLSTEIN FÜHREND: UMFANGREICHER POLIZEISCHUTZ FÜR NEONAZI-AUFMÄRSCH (HIER NEUMÜNSTER IM JAHRE 2000)

genaktivitäten. In manchen Städten wurde die antifaschistische Gegenwehr von breiten Bündnissen getragen – immer aber gab es Versuche unabhängiger antifaschistischer Gruppen, diese öffentlichen Auftritte der Neonazis möglichst stark zu behindern, wenn eine vollständige Verhinderung schon nicht möglich war. So mussten die Neonazis z.B. Ende Januar 1999 in Kiel und Anfang September 2000 in Neumünster ihren Aufmarsch abbrechen, weil sich ihnen viele Menschen in den Weg stellten, die zuvor an den dortigen antifaschistischen Bündnisdemonstrationen teilgenommen hatten.

Bei der Beurteilung, welche Maßnahmen gegen neofaschistische Aufmärsche zu ergreifen sind, darf nicht unberücksichtigt bleiben, welche Funktionen diese Aufmärsche für die Ausweitung der neonazistischen Aktivitäten haben und was sie über den Entwicklungsstand der neofaschistischen Bewegung aussagen. Als dem Aufruf der „Nationaldemokratischen Partei Deutschland“ (NPD) und anderer neofaschistischer Gruppen zum Aufmarsch gegen die Ausstellung *Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* in München am 1. Mai 1997 über 5000 Neofaschisten und andere extreme Rech-

**30. Mai Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern):** Wegen des Singens von rechtsradikalen Liedern in einem Bus des Öffentlichen Nahverkehrs werden zwei Männer festgenommen.

**5. Juni Northeim (Niedersachsen):** Die Ausländerbehörde des Kreises Northeims beschließt, dass über einhundert libanesischen Bürgerkriegsflüchtlinge so schnell wie möglich in die Türkei ausgewiesen werden sollen.

**12. Juni Kiel (Schleswig-Holstein):** Eine von der NPD im Kieler Stadtteil Gaarden durchgeführte Wahlkampfveranstaltung muss nach unterschiedlichen Protesten von etwa 100-150 AnwohnerInnen vorzeitig abgebrochen werden. In den Wochen zuvor hatte die NPD in mehreren Stadtteilen Wahlkampfveranstaltungen durchgeführt.

**12. Juni Heilshoop (SH):** Auf Einladung des Neonazis Dieter Kern, Inhaber des Gasthauses „Landhof“, tritt der Holocaust-Leugner und Neonazi-Terrorist Manfred Roeder bei einer Saalveranstaltung auf. Etwa 100 AntifaschistInnen demonstrieren vor Ort gegen die Veranstaltung.

**12. Juni Plüschow (MV):** Etwa 150 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet besuchen ein Open-Air Konzert mit vier Nazi-Bands auf dem gemeindeeigenen Sportplatz.



**NEONAZI-AUFMARSCH („HESS-GEDENKMARSCH“) IN WUNSIEDEL 2003 (IN DER MITTE: ANMELDER JÜRGEN RIEGER).**

te gefolgt waren, handelte es sich um die seit über 20 Jahren größte öffentliche Kundgebung dieses Spektrums in der Bundesrepublik.

In einer Bilanz dieses Neonazi-Aufmarsches schrieben die damaligen Funktionäre der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und der NPD, Sascha Rossmüller und Steffen Hupka, in der JN-Zeitschrift „Einheit und Kampf“: „Psychologisch ist durch München ein großer Durchbruch erzielt worden. Nach 4 Jahren Verboten und zunehmender Repression hat die Szene wieder Tritt gefasst. Ansätze waren allerdings schon vor München erkennbar. Der Staat kann viele Jahre Einschüchterungsversuche zu den Akten legen und sich eine neue Taktik überlegen. München hat ein neues Selbstbewusstsein geschaffen, das sich auf jeden einzelne Teilnehmer ausgewirkt hat und noch größere Bahnen ziehen wird.“

Inzwischen vergeht kaum ein Wochenende, an dem Neonazis nicht durch die Straßen ziehen, rassistische und antisemitische Parolen verbreiten, die verbrecherische Waffen-SS hochleben lassen und politisch Andersdenkenden mit Gewalt und Terror drohen. Dies hat zu einer gestiegenen Aktionsfähigkeit und zu einem gewachsenen Selbstvertrauen der gewalttätigen Neonazi-Szene geführt. So heißt es in dem Neonazi-Blatt „Hamburger Sturm“, das bis zu deren Verbot im Jahr 2000 von der gleichnamigen „Freien Kameradschaft“ herausgegeben wurde, resümierend: „Besonders zur Resignation besteht kein Grund, allein das in den letzten 20 Jahren erreichte zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind. [...] Wenn es vor 10 Jahren nur ca. 100 Kameraden waren, die sich zu einer Demonstration zusammengefunden hatten, so erreichen wir heute problemlos das 50-fache an Gleichgesinnten und vom Wachsen einer Bewegung hängt der spätere politische Erfolg ab. Es war vor 10 Jahren auch noch ein sehr unangenehmes Erlebnis, wenn unsere Kameraden vom roten Mob angegriffen wurden. Heutzutage fiebern wir solch einen Angriff entgegen, um denen zu zeigen wer mittlerweile das Recht auf der Straße erobert hat. Außerdem ist es gar nicht so lange her, daß

jeder Nationalist mit der Auschwitzkeule niedergeschlagen wurde. Jetzt regt sich der Normalbürger nicht einmal über einen bekennenden Nationalsozialisten auf, da man sich an uns gewöhnt hat. Diese ersten kleinen Erfolge zeigen uns, daß wir weiterhin so oft und so massiv wie möglich in die Öffentlichkeit gehen müssen.“

Für NPD und sog. „Freie Kameradschaften“ bzw. „Freie Nationalisten“ haben diese öffentlichen Auftritte strategische Bedeutung: sie tragen maßgeblich dazu bei, den politischen Bewegungsspielraum der neofaschistischen Gruppen zu erhöhen. Die NPD nennt dies explizit den „Kampf um die Straße“, der einer der drei Säulen ihres langfristigen Konzeptes ist. Erfolge in diesem Bereich, d.h. die Möglichkeit zur ungehinderten Verbreitung auch offen faschistischer Propaganda, werden als Voraussetzung gesehen, um den „Kampf um die Köpfe“ und den „Kampf um die Parlamente“ führen zu können.

Diese Passage spiegelt konzentriert wider, welche Funktionen die Aufmärsche – und seien sie zahlenmäßig noch so schwach besucht – für die Organisation der neofaschistischen Szene haben:

- **Politisch** geht es darum, noch bestehende gesellschaftliche Widerstände gegen das öffentliche Propagieren faschistischer Ideologie zurückzudrängen. Dabei geht es neben der Einschüchterung auch um den Gewöhnungseffekt und die Etablierung einer Art „Gewohnheitsrecht“. Unter Berufung auf und unter dem Mantel der „Meinungsfreiheit“ hat die extreme Rechte dabei in den letzten fünfzehn Jahren eine Bewegungsfreiheit erlangt, die vorher lange undenkbar gewesen ist.

- **„Militärisch“** geht es darum, auch unter schwierigen Bedingungen (drohende staatliche Verbote, Proteste, antifaschistischer Widerstand) zentral gelenkte Aktionen durchzuführen und sich „auf der Straße“ zu behaupten; insofern kommt diesen Aufmärschen auch immer Übungscharakter zu. In dem bereits erwähnten Beitrag hieß es dazu: *„Es ist also sehr wichtig, daß jeder einzelne die Marschformation einhält und wenn eine Gruppe oder ein Reisebus ankommt, muß sofort appellmäßig angetreten werden. Wir sind schließlich politische Soldaten (...)“*. So ist nicht zu übersehen, dass die Organisatoren solcher Aufmärsche in den letzten Jahren vielfältige Erfahrungen gesammelt haben, die sich nicht nur in der Flexibilität bei der Durchführung der Aufmärsche selbst (z.B. kurzfristige Verlegung des Veranstaltungsortes; Dirigieren der Busse per Mobiltelefon) bemerkbar machen, sondern auch bei der juristischen Durchsetzung gegen zuvor polizeilich oder gerichtlich erlassene Verbote auszahlen.
- **Organisatorisch** sind solche Aufmärsche immer auch Vehikel zur engeren Anbindung noch loser organisierter oder regional abseits gelegener Szenen oder Cliquen völkisch-rassistisch eingestellter junger Männer an überregional agierende neofaschistische Strukturen. Ihre Durchführung geht oft einher mit intensiven Kontakten und führt zu gegenseitiger Unterstützung bei späteren Aktionen. Wer sich bei ihrer Durchführung aus Sicht des neonazistischen Führungspersonals bewährt, darf diese Szene dann auf regionaler Ebene präsentieren.

Dass diese Politik in den letzten Jahren aus der Sicht der Neonazi-Szene erfolgreich war, kann nicht bestritten werden. Zur Erinnerung: mit ca. 150 Teilnehmern fand im Mai 1997 in Bad Segeberg der bis dahin größte Neonazi-Aufmarsch in Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten statt. Die Bedeutung der Aufmärsche für die Neonazi-Szene nimmt selbst dann nicht ab, wenn die selbst gesteckten Erwartungen nicht erfüllt werden. So kündigte im Jahr 2001 die NPD Schleswig-Holstein in einem internen Strategiepapier mit dem Ziel, in Schleswig-Holstein bis spätestens 2004 flächendeckende Strukturen aufzubauen, sechs Aufmärsche pro Jahr an, die vor allem in Städten mit 20.000 bis 40.000 EinwohnerInnen in „schwachstrukturierten Kreisen“ stattfinden sollten. Nach Aufmärschen in Oldenburg und in Eckernförde mit geringer Teilnehmerzahl sowie dem Verbot eines geplanten Aufmarsches in Flensburg – die Landes-NPD hatte sich zuvor positiv auf die Anschläge vom 11. September bezogen – wurde die Kampagne ohne nachhaltigen organisatorische Erfolg abgebrochen.

Treten die Faschisten bei ihren Aufmärschen meist diszipliniert auf, um keinen Anlass für Verbotsmaßnahmen zu liefern, so umgibt die Aufmärsche doch eine starke Aura der Gewalttätigkeit, die vom Erscheinungsbild der Teilnehmer, der Art der Durchführung der Veranstaltung und den Reden ausgeht. Die von führenden norddeutschen öffentlich verbreiteten Drohungen und Einschüchterungsversuche gegenüber politischen GegnerInnen und

aktiven AntifaschistInnen, aber auch gegen den Staat und seine Repräsentanten, werden wie z. B. in Neumünster und Elmshorn flankiert von nächtlichen Überfällen, der Schändung von Gedenkstätten, Anschlägen und Morddrohungen. Als mögliche Verbotsgründe für Aufmärsche werden diese Aktivitäten bisher offenbar völlig unbeachtet gelassen.

Aufmärsche und der von ihnen verbreitete Terror sind zwei Seiten derselben Medaille. Mag der konkrete Anlass eines Nazi-Aufmarsches noch so lächerlich erscheinen wie etwa Anfang 2000 in Hohenweststedt nach der Absage einer Silvesterfeier durch einen Gaststättenwirt, so wenig darf die Bedeutung dieser Aktivitäten selbst bei geringer Teilnehmerzahl unterschätzt werden. Die Faschisten wollen sich ungestört organisieren können; wer sich ihnen politisch entgegenstellt, dem/der gilt die Botschaft: dann kommen wir erst recht. Die Schlussfolgerung stillzuhalten und wegzusehen ist daher keine Lösung. Bleiben sie unbeachtet und unbekämpft, so erleichtert dies ihre Ausbreitung und erhöht ihre Gewalttätigkeit. Wo immer die neofaschistischen Organisationen und Netzwerke öffentlich auftreten, gilt es daher, sich ihnen in den Weg zu stellen – mit möglichst vielen Menschen und mit echter Entschlossenheit, ihnen den politischen und praktischen Bewegungsspielraum wieder zu nehmen, den sie u.a. aufgrund der langjährigen Nichtbeachtung durch weite Teile der Öffentlichkeit erreicht haben. Ein legalistisches Vorgehen, das sich mit jeder Einschränkung der eigenen Handlungsmöglichkeiten durch juristische Entscheidungen und polizeiliche Taktiken (Absperrungen, Platzverweise, Räumungsdrohungen, ...) abfindet, ist in dieser Situation fehl am Platze. Ziviler Ungehorsam, etwa in Form von Blockaden auf den den Neonazis staatlicherseits zugewilligten Straßen, und andere Aktionen, die den Faschisten ihr öffentliches Auftreten ungemütlich machen, müssen stärker als bisher zum festen Bestandteil auch der Aktionsplanung breiter Bündnisse werden. Wenn in Kiel, Neumünster und anderswo erfolgreiche Aktionen gegen neonazistische Aufmärsche haben stattfinden können, so deshalb, weil diese beiden Gesichtspunkte – Breite und Entschlossenheit – zusammengekommen sind. Daran gilt es bei zukünftigen Anlässen anzuknüpfen.



**POLIZEIKETTE AN EINER ANTIFASCHISTISCHEN BLOCKADE GEGEN EINEN NEONAZI-AUFMARSCH IN DER NEUMÜNSTERNER INNENSTADT (2000).**

**13. Juni** Bei den Europawahlen erzielt die NPD bundesweit 241.743 Stimmen (0,9%), die Republikaner wählen 485.662 Menschen (1,9%). In Schleswig-Holstein kommen die NPD auf 0,5% (4208) und die Republikaner ebenfalls auf 0,5% (3961) der Stimmen. Noch schlechter ist das Ergebnis in Hamburg, wo beide Parteien lediglich 0,4% der Stimmen erzielen. In Ludwigslust gelingt es dem aus Hamburg stammenden Klaus Bärthel, Herausgeber des Neonazi-Blattes „Zentralorgan“, in den Kreistag von Ludwigslust einzuziehen. Weitere Mandate holt die NPD in den Kreistagen von Stralsund, Müritzkreis und dem Kreis Ost-Vorpommern.

**15. Juni Kiel (SH):** Erste offizielle Veranstaltung des AstA der Kieler Universität mit der revanchistischen Alten Königsberger Burschenschaft Alemannia und der DB-Burschenschaft der Krusenrotter seit mindestens 15 Jahren.

**19. Juni Gadebusch (MV):** Unbekannte beschmierem ein Denkmal für die Opfer des Faschismus und ein Ehrenmal für die Rote Armee, u.a. mit überdimensionalen Hakenkreuzen.

**19. Juni Glashütte (SH):** Etwa 30-40 Neonazis liefern sich mit Polizei und Besuchern eines Dorffestes in Glashütte bei Norderstedt schwere Auseinandersetzungen. Sechs Personen werden festgenommen.

**19. Juni**

**Hamburg:** Nach einer Sonnenwendfeier der CDU werden mehrere Saisonarbeiter aus Polen auf dem Heimweg von zehn betrunkenen Jugendlichen, darunter auch Skinheads, angegriffen.

**25. Juni:** Der

BGH hebt das Urteil gegen den ehemaligen SS-Offizier Friedrich Engel, der vor zwei Jahren in Hamburg wegen 59fachen Mordes an Häftlingen in Genua im Jahre 1944 verurteilt worden war, auf und stellt das Verfahren wegen des „*beträchtlichen Minderung seiner Verhandlungsfähigkeit*“ ein.

**30. Juni Usedom**

**(MV):** Eine Tafel der Gesellschaft zu Förderung der Natur und des Umweltschutzes wird von Unbekannten mit einem Hakenkreuz beschmiert.

**3. Juli Uckermünde**

**(MV):** Etwa 250 Neonazis demonstrieren in Uckermünde unter dem Motto „*Nein zum Asylantenheim in Uckermünde*“ gegen den Bau einer Flüchtlingsunterkunft.

**7. Juli Norderstedt**

**(SH):** In Norderstedt beginnt der Prozess gegen zwei Neonazis, denen vorgeworfen wird, am 24. September 2003 einen Brandstich in die Räume des deutsch-kurdischen Kulturvereins in Kaltenkirchen geworfen zu haben.

(Diese Liste erhebt auf keinen Fall den Anspruch der Vollständigkeit.)

# Neonazistisches Gedenken an Rudolf Heß

**Die Verherrlichung des Nationalsozialismus und die direkte Bezugnahme auf die NS-Ideologie ist bis heute ein zentrales Merkmal der extremen Rechten (nicht nur) in Deutschland. Die nationalsozialistischen Verbrechen, der Vernichtungskrieg im Osten und die Shoa werden geleugnet, relativiert und kleingeredet. Deutsche kommen in diesem Kontext nur als Opfer vor, die heldenhaft gekämpft haben, heroisch untergegangen sind, verraten, unnachgiebig verfolgt, drangsaliert, vertrieben usw. wurden. Am schlimmsten aber sei, dass man bis heute gezwungen sei, sich in „in ewiger Schuld“ zu wälzen, was eine freie und ungehemmte Entfaltung unmöglich mache.**

Für den eindeutig neonationalsozialistisch orientierten Teil der extremen Rechten kommt dem Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß dabei eine besondere Bedeutung zu. Heß, 1894 geboren im ägyptischen Alexandria, meldete sich 1914 als Freiwilliger für den Kriegsdienst, zunächst bei der Infanterie, dann als Kampfpilot. Bereits 1920 schloss er sich der NSDAP an und war ein enger Vertrauter Adolf Hitlers, den er – auch Heß war nach dem gescheiterten Putschversuch am 9. November 1923 zu einer Haftstrafe verurteilt worden – bei der Abfassung von „*Mein Kampf*“ unterstützte. 1932 zum Leiter der neugegründeten Zentralkommission der NSDAP ernannt, wurde er nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten zum stellvertretenden Parteiführer und zum Minister ohne Geschäftsbereich ernannt.

Fortan arbeitete er im Hintergrund und spielte innerhalb des Parteiapparates und bei der Annexion

Österreichs und des Sudetenlandes eine wichtige Rolle. Als überzeugter Antisemit war er auch aktiv an der Ausgrenzung der deutschen Juden und Jüdinnen aus dem öffentlichen Leben und an der Schaffung der rassistischen Sondergesetzgebung beteiligt. Wohl mit der Absicht, angesichts des sich abzeichnenden Überfalls auf die Sowjetunion England zu einem Friedensschluss mit dem Deutschen Reich zu bewegen und damit einen Zweifrontenkrieg zu verhindern, flog Heß im Mai 1941 nach England. Die Hintergründe für diesen Alleingang sind bis heute nicht endgültig geklärt, unstrittig ist, dass sein Ziel war, Deutschland im Kampf gegen die Sowjetunion den Rücken frei zu halten. In der neonationalsozialistischen Lesart handelte es sich hingegen um einen eindrucksvollen, uneigennütigen „*Friedensflug*“, der aber scheiterte, da die englische Regierung nicht an einem Frieden mit Deutschland interessiert war. Heß wurde in England verhaftet und bis zum Kriegsende festgehalten; erst zum Prozess gegen die 22 Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg wurde er nach Deutschland überstellt. Zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, verbrachte er den Rest seines Lebens in einem Gefängnis in Berlin-Spandau, bis er sich im August 1987 das Leben nahm.

Die lange Haftzeit – eine vorzeitige Freilassung scheiterte an dem Veto der Sowjetunion – war einer der Gründe, warum sich Rudolf Heß als eine der wichtigsten Identifikationsfiguren für die extreme Rechte anbot, zeigte sich doch hier die angeblich unbarmherzige Siegermentalität der Alliierten. Wichtiger war jedoch, dass Heß nicht bereute und sich auch nicht von den Verbrechen der Nationalsozialisten distanzierte. So führte er in Kenntnis der Vernichtung des europäischen Judentums in Nürnberg aus: „*Ich bin glücklich, zu wissen, dass ich meine Pflicht getan habe meinem Volk gegenüber, meine Pflicht als Deutscher, als Nationalsozialist, als treuer Gefolgs-*

*mann meines Führers. Ich bereue nichts. Stünde ich wieder am Anfang, handelte ich wieder, wie ich gehandelt habe, auch wenn ich wüsste, dass am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig, was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen. Ihm werde ich mich verantworten, und ich weiß, er spricht mich frei.“* Um den Mythos Rudolf Heß endgültig zu verdichten, wurde sein Suizid in einen von „englischen Agenten“ begangenen Mord umgelogen.

Vor diesem Hintergrund wurde das Gedenken an den „unbeugsamen Märtyrer“ innerhalb der neonazistischen Szene vorangetrieben: „Rudolf Heß – Brücke zwischen gestern und morgen“, wie es in einem der Aufrufe zum Gedenkmarsch 2004 heißt. Leider scheint es tatsächlich gelungen zu sein, das Gedenken an Heß in der neonazistischen Szene nachhaltig zu etablieren: davon zeugen nicht allein die hohen Teilnehmerzahlen bei den zentralen Gedenkmärschen, sondern auch zahlreiche T-Shirts, Plakate, die bundesweit verklebt werden, sowie die musikalische Verarbeitung des Themas durch zahlreiche neonazistische Liedermacher und Bands.

In einer Ballade der bedeutendsten Neonazi-Band „Landser“, deren Mitglieder inzwischen vom Kammergericht Berlin wegen „Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ verurteilt wurden, werden sämtliche Elemente des Heß-Gedenkens zusammengefasst: „46 Jahre hinter Kerkermauern, für ihn gab es keine Gnade und kein Bedauern. Niemand ist je so gepeinigt worden, um ihn am Ende auch noch zu ermorden. Rudolf Heß, dein Glaube war stärker als Kerker und Schmerzen, Rudolf Heß, du lebst weiter in unseren Herzen. Er flog nach England, um den Frieden zu retten, doch dafür legten sie ihn in Ketten. Doch seinen Stolz konnten sie nicht brechen, und die Geschichte wird ihn einst rächen. (...) Seht ihr ein Bild von jenem alten Mann, dann schaut euch es ruhig etwas länger an und schwört euch dann euer ganzes Leben – für seine Mörder kein Vergeben. (...)“ ExpertInnen schätzen, dass in Deutschland rund 100.000 „Landser“-Tonträger im Umlauf sind.

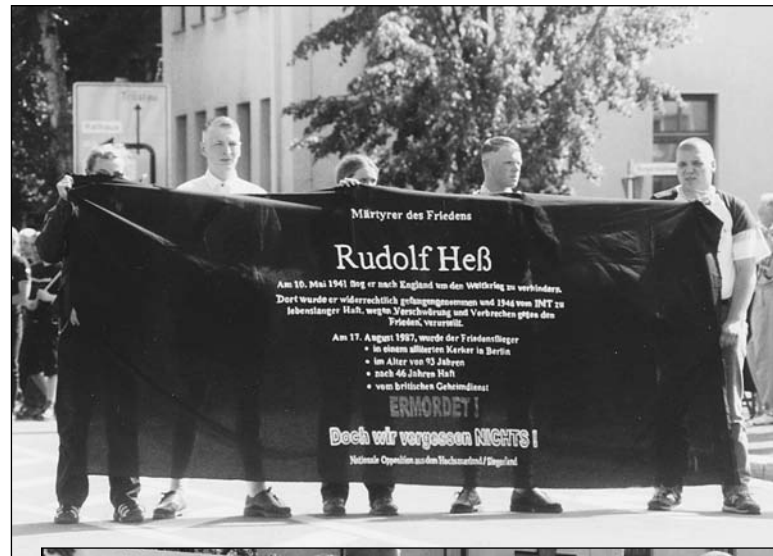
Zum klaren Kristallisationspunkt haben sich aber die jährlichen Gedenkmärsche entwickelt. Allein die Kontinuität ist ein bemerkenswerter Erfolg: seit 1988 findet im August ein jährliches Gedenken an Rudolf Heß statt, auch wenn die Kampagne von Rückschlägen begleitet war: Nach Aufmärschen direkt in Wunsiedel mit bis zu 2000 Teilnehmern – für damalige Verhältnisse eine sehr hohe Anzahl – mussten die Neonazis Mitte der 90er Jahre zum Teil ins europäische Ausland ausweichen bzw. konnten nur kleinere dezentrale Aktionen durchgeführt werden (wie z.B. ein Aufmarsch im schleswig-holsteinischen Barmstedt im August 1999 mit rund 50 Teilnehmern). Die Aufhebung des Demonstrationsverbotes in Wunsiedel selbst durch den Bayrischen Verwaltungsgerichtshof im Jahr 2001 kam dann auch für alle Beteiligten völlig überraschend: erstmals seit 1991 konnten 900 Neonazis durch Wunsiedel marschieren. Seitdem ist die Anzahl der Teilnehmenden kontinuierlich gestiegen.

Im Jahr 2003 demonstrierten zwischen 3500 und 4000 Neonazis im Rahmen einer ganztägigen „Gedenkveranstaltung“. Damit scheinen die Neonazis um den Anmelder Jürgen Rieger das erreicht zu haben, was sie seit dem ersten Heß-Marsch vor 16 Jahren angestrebt haben: die Möglichkeit, in Wunsiedel einmal im Jahr eine Großdemonstration durchzuführen, bei der sich die verschiedenen politischen Fraktionen der extremen Rechten, generations- und nationenübergreifend zur gemeinsamen Huldigung des Nationalsozialismus versammeln zu können. So konnte Rieger schon 2001 triumphierend verkünden: „Wir haben vor 10 Jahren gesagt, dass wir wieder nach Wunsiedel kommen. Wir sind wiedergekommen! Und wir werden wiederkommen!“

#### Literaturhinweis:

Patrick O'Hara / Daniel Schlüter (Hg.): *Der Mythos stirbt zuletzt*, Hamburg 2002. Bestellung: rat, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

**Wichtiger war jedoch, dass Heß nicht bereute und sich auch nicht von den Verbrechen der Nationalsozialisten distanzierete...**



NEONAZI-PROPAGANDA FÜR RUDOLF HESS IN WUNSIEDEL 2003.

# **Antifaschistische Kundgebung am 21.8.2004 in Wunsiedel**

## **Gegen deutsche Opferlügen Gegen nationalsozialisti- sches Heldengedenken**

**Wie auch in den letzten Jahren, werden am 21. August 2004 wieder einige Tausend Alt- und Neonazis zum „Gedenken“ an den Kriegsverbrecher Rudolf Heß durch das nordbayerische Städtchen Wunsiedel marschieren. An den Hessmärschen, die nach Verboten in den 90er Jahren seit 2001 wieder legal stattfinden können, nahmen in den letzten Jahren immer mehr Nazis teil, im letzten Jahr waren es mindestens 3.500.**

**Ein jährliches Treffen mehrerer Tausend NationalsozialistInnen können wir nicht hinnehmen...**

Diese Aufmärsche unterscheiden sich in zwei wesentlichen Punkten von anderen Demonstrationen der bundesdeutschen Naziszene: Zum einen bietet der Bezug auf Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß die symbolhafte Möglichkeit, ohne staatliche Repression direkt einem Protagonisten des Dritten Reiches zu huldigen. Zum anderen entwickelt sich der Heß-Gedenkmarsch zusehends zu einem der wenigen jährlichen „events“ der deutschen und europäischen Szene, das als Schnittstelle für verschiedene Generationen und Spektren der extremen Rechten dienen kann. Diese besondere Bedeutung des Hessmarsches macht antifaschistische Gegenwehr an diesem Punkt besonders dringend.

Während die Kohl-Regierung auf Grund der historischen deutschen Verbrechen noch international unter Druck stand, gegen wiedererstarkende faschistische Strukturen vorzugehen, kann die derzeitige Regierung der ehemaligen 68er sich – und damit den deutschen Staat – als per se antifaschistisch darstellen. Dies ist ein Grund dafür, dass zunehmend toleriert wird, wenn Nazis auch offen nationalsozialistische Anschauungen der Öffentlichkeit präsentieren, während auf der anderen Seite antifaschistischer Widerstand noch leichter kriminalisiert werden kann und wird.

Die antifaschistische Bewegung wird den Heßmarsch langfristig nur stoppen können, wenn sie bereits heute unter den gegebenen ungünstigen Verhältnissen massiv Präsenz zeigt. Ein jährliches Treffen mehrerer Tausend NationalsozialistInnen können wir nicht hinnehmen, wollen wir nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren. Für dieses Jahr muss es uns darum gehen, in der Region Fuß zu fassen, ein politisches Symbol gegen den Heßmarsch zu setzen und eine Perspektive für die antifaschistische Arbeit der nächsten Jahre zu eröffnen. Dazu müssen Strategien her, die auf Dauer ein breites Bündnis entstehen lassen und Impulse auch für andere antifaschistische Aktivitäten setzen. Ein mittelfristiges Ziel muss die aktive Einbindung von internationalen und

nationalen Opferverbänden und Widerstandsorganisationen, Initiativen für Opfer rassistischer Übergriffe, MigrantInnenorganisationen, Geschichtswerkstätten, GewerkschaftlerInnen, antirassistischen und antifaschistischen Gruppen sein.



Für 2004 hat ein örtliches Bündnis aus DKP, VVN und Antifagruppen für den gesamten Tag eine Kundgebung in der Nähe der Naziroute angemeldet, an der wir uns beteiligen wollen. Es wird eine Podiumsdiskussion geben, an der u.a. VertreterInnen von deutschen und europäischen Antifa- und Opferorganisationen teilnehmen werden. Ansonsten liegt die genaue Ausgestaltung des Widerstands gegen den Heßmarsch in den Händen der mobilisierenden und anreisenden AntifaschistInnen. So ist etwa in Schleswig-Holstein und Hamburg geplant, in den Bussen während der Anreise ein antifaschistisches Kulturprogramm, z.B. mit Lesungen, durchzuführen.

**NS-Verherrlichung stoppen!**





**Avanti – Projekt undogmatische Linke** versteht sich als organisierter Teil der radikalen Linken. Wir gehen davon aus, dass es für eine grundlegende Veränderung dieser Gesellschaft Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Perspektiven gibt. Wir treten ein für eine sozial gerechte, von Sexismus und Rassismus befreite Gesellschaft. Dafür ist es notwendig, patriarchale Herrschaftsstrukturen und die kapitalistische Produktionsweise mit all ihren Formen der Ausbeutung, Entfremdung und Spaltung abzuschaffen.

Weitere Informationen unter:  
[www.avanti-projekt.de](http://www.avanti-projekt.de)  
 Kontakte: [info@avanti-projekt.de](mailto:info@avanti-projekt.de)

**Flensburg**

c/o Schlachtereier, Norderstraße 135, 24939 Flensburg, [flensburg@avanti-projekt.de](mailto:flensburg@avanti-projekt.de)

**Hamburg**

c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, [hamburg@avanti-projekt.de](mailto:hamburg@avanti-projekt.de)

**Kiel**

c/o Initiativenzentrum, Schwefelstraße 6, 24118 Kiel, [kiel@avanti-projekt.de](mailto:kiel@avanti-projekt.de)

**Lübeck**

c/o ALZ, Schwartauer Allee 39/41, 23554 Lübeck, [luebeck@avanti-projekt.de](mailto:luebeck@avanti-projekt.de)

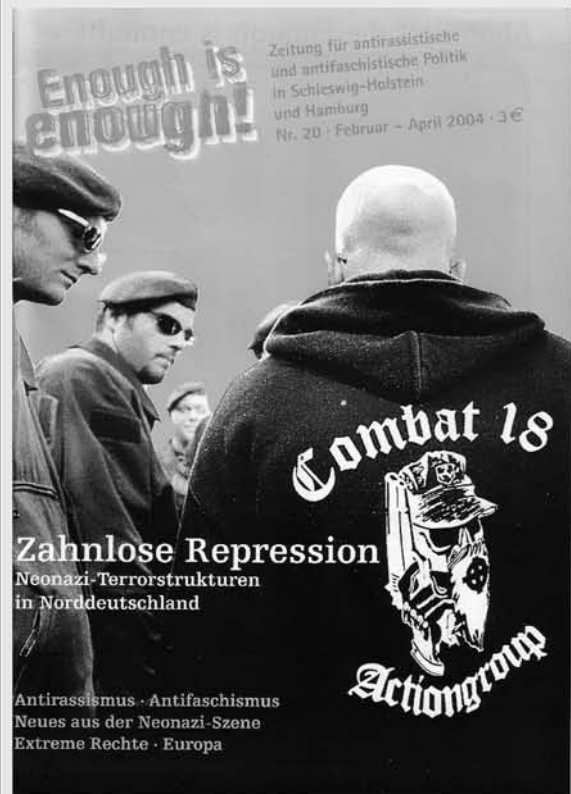
**Norderstedt**

c/o SZ, Ulzburger Straße 6, 22850 Norderstedt, [norderstedt@avanti-projekt.de](mailto:norderstedt@avanti-projekt.de)

*„Unsere Überzeugung war und ist, dass diese Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen.“*  
 Aus dem Avanti-Grundsatzpapier, 16. Mai 2004

# Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein und Hamburg.



Preis: Einzelausgabe 3 Euro  
 4 Ausgaben im Abo für 13 Euro  
 8 Ausgaben im Abo für 26 Euro  
 Lieferung nur gegen Vorkasse möglich!

Rat - reihe antifaschistischer texte  
 c/o Schwarzmarkt  
 Kleiner Schäferkamp.46  
 20357 Hamburg

Bankverbindung: A.Hoffmann  
 Konto-Nr. 408352 201  
 Postbank Hamburg  
 BLZ 200 100 20  
 Stichwort Enough

[enough@nadir.org](mailto:enough@nadir.org) - [www.enough.nadir.org](http://www.enough.nadir.org)